

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses III vom 4. Februar 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 514 von Herrn GROMMES (ProDG) an Ministerin KLINKENBERG zum Stand der Dinge „Gesamtvision Bildung“**

Ihr Vorgänger hatte im September des vergangenen Jahres auf eine Frage des Kollegen Krafts zum REK-Projekt „Gesamtvision Bildung“ mitgeteilt, dass die Diagnosephase bis zum Herbst 2021 verlängert wird.

Nach der breit angelegten Online-Umfrage und den Diskussionsforen, sollte die Diagnosephase um eine wissenschaftliche Wirksamkeitsanalyse des ostbelgischen Bildungssystems ergänzt werden.

Kooperationspartner für diese Studie sollte das Bildungsdirektorat der OECD sein. Wie genau diese Zusammenarbeit aussehen würde, musste laut Herrn Mollers im September, noch abgestimmt werden.

Daher lauten meine Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Wie ist der aktuelle Stand der Dinge in dieser Angelegenheit?*
- *Wie ist diese Analyse konkret gestaltet?*
- *Wann kann mit ersten Ergebnissen gerechnet werden?*

[Quellen: https://www.pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4891/8665_read-61384/]

- **Frage Nr. 515 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zum Zugang zu FFP2-Masken für die Lehrerschaft**

Sie haben in der vergangenen Kontrollsitzung am 14. Januar erklärt, Schulen dürften auch Lehrpersonen, die nicht zur Risikogruppe gehören, mit FFP2-Masken ausstatten.

Wichtig sei dabei eine korrekte Anwendung und zu bedenken sei auch die Tatsache, dass die FFP2-Maske das Erteilen des Unterrichts erschwert.

Den Schulleitern des öffentlich subventionierten Unterrichtswesens (OSU) wurde dennoch vergangene Woche von Seiten des Ministeriums erklärt, die Masken seien den Lehrpersonen vorbehalten, die zur Risikogruppe gehörten, die Kontakt zu wechselnden Gruppen hätten oder die in Kontakt mit Kindern mit Krankheitssymptomen kämen. Dieser Ansage nach würde also nicht jeder Lehrperson die freie Wahl ihrer Maske auf Kosten des Arbeitgebers gestattet.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Für die Lehrerschaft sowie die Schulleiter wünsche ich mir Klarheit und habe deshalb folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

- *Haben alle Lehrpersonen Zugang zu den FFP2-Masken, die seitens der DG zur Verfügung gestellt wurden?*
- *Wie sieht die Verteilung der Masken auf die verschiedenen Schulebenen aus (Kindergarten bis Hochschule)?*
- *Besteht für die Schulen die Möglichkeit weitere FFP2-Masken bei der DG zu bestellen?*

• **Frage Nr. 516 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zur angedachten Sechserkontaktblase für Studenten**

Am 30. Januar 2021 veröffentlichte die Tageszeitung LE SOIR ein Gespräch mit der für das Hochschulwesen der französischsprachigen Gemeinschaft zuständigen Unterrichtsministerin, Frau Glatigny. Dabei erklärte sie die Idee der Sechserkontaktblase für Studenten, auch „bulle de kot“ genannt. Mit dieser Idee wolle man auf die Wiedereinführung von Präsenzunterricht reagieren. Dies berichtete auch das Grenz-Echo in seiner Ausgabe des 1. Februar 2021.

Wir freuen uns, dass eine Vergrößerung der Kontaktblase in Betracht gezogen wird. Denn die eindeutigen Signale in Bezug auf die mentale Gesundheit von Studenten und die damit verbundenen psychischen Schwierigkeiten dürfen wir nicht ignorieren.

In Bezug auf die Kommunikation möchten wir darauf aufmerksam machen, dass der Ausdruck „bulle de kot“ oder „Kot-Bubble“, wie das Grenz-Echo schrieb, für Verwirrung sorgen kann. Denn, anders als der Name vermuten lässt, erklärte Frau Glatigny, die Kontaktblase solle nicht nur für diejenigen vergrößert werden, die in einer Studentenwohnung wohnen, sondern auch für das Zusammenleben auf dem Campus gelten. Vorrangiges Ziel sei es denn auch, die psychische Belastung der Studenten in ihrem Alltag zu verringern. Als SP-Fraktion liegt uns letzterer Punkt selbstverständlich besonders am Herzen.

Weiter erklärte die Ministerin, sie arbeite gemeinsam mit Ihnen und mit Ihrem flämischen Ministerkollegen an dem Projekt dieser neuartigen Kontaktblase.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit die im Rahmen dieses Projektes angestrebten Änderungen im ganzen Land, also auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, in Kraft treten?*
- *Welcher zeitliche Rahmen wird für die Einführung dieses neuen Konzepts angestrebt?*
- *Wie wird der voraussichtliche Einfluss der damit verbundenen Erhöhung der sozialen Kontakte der Studenten auf die Gesamtentwicklung der Corona-Situation eingeschätzt?*

• **Frage Nr. 517 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zu den zusätzlichen Bussen für den Schülertransport in der DG**

Seit dem Monat Dezember 2020 werden zusätzliche Busse im Auftrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzt, um den sichereren Transport der Schüler zu gewährleisten. Diese Maßnahme wurde bekanntlich mit Bezug auf die Zuständigkeit der DG im Bereich Gesundheitsprävention umgesetzt.

Dabei kann wohl kaum jemand die Wichtigkeit dieser Initiative bestreiten, da sie nahezu täglich die sanitäre und gesundheitliche Sicherheit der Schüler merklich erhöht. Letzterer Effekt entfaltet nicht zuletzt im Falle von lokalen Clusterbildungen seine positive Wirkung.

Zudem präzisierten Sie, sehr geehrte Frau Ministerin, gegenüber dem GRENZECHO, dass man die Vorgehensweise beim Einsatz zusätzlicher Busse auf ausgewählten Linien „ständig anpassen“ könne.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Wie viele zusätzlichen Busse wurden seit Beginn dieser Initiative in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingesetzt?*
- *Welche aktuellen Angaben liegen Ihnen zur Auslastung dieser zusätzlichen Busse vor?*
- *Erkennen Sie derzeit einen Grund für organisatorische Anpassungen?*

• **Frage Nr. 518 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zur Schulschließung der Grundschule des KA Sankt Vith**

Am 21. Januar haben Sie beschlossen, die Grundschule des Königlichen Athenäums Sankt Vith zu schließen. Grund dafür waren laut Ihren Aussagen 11 positiv getestete Personen.

Nachdem am Samstag, den 23. Januar die meisten Schüler und Lehrer einen PCR-Test unterzogen wurden, gaben Sie in der Plenarsitzung vom Montag, dem 25. Januar, bekannt, dass dieser PCR-Test bei insgesamt 54 Personen positiv ausgefallen sei.

Wie Sie wissen, konnten und können wir die Entscheidung, die Schule zu schließen, nicht nachvollziehen.

Die Schülerinnen und Schüler leiden nicht nur unter den Veränderungen im Schulalltag, nein auch die allgemeinen Corona-Maßnahmen machen ihnen zu schaffen. Auch wenn es nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist, leiden sie sehr darunter! Es ist also bedeutend, den Schulalltag mit seiner festen Tagesstruktur sofort wieder ganz normal aufzunehmen.

Eine Schulschließung ist aber auch für die Eltern eine Belastung. Nicht zu letzt, weil sie eine Kinderbetreuung organisieren müssen.

Dies kann zudem für Arbeitgeber aus anderen Bereichen Konsequenzen haben Eltern, die keine Möglichkeit haben, kurzfristig eine Kinderbetreuung zu organisieren, können laut einem Gesetz vom 20. Oktober 2020 aus Gründen der höheren Gewalt in Kurzarbeit gehen. Dazu steht auf der Webseite "Ostbelgien Bildung" ein Formular zum Download zur Verfügung. Die Lohnkosten übernimmt dann für diese Zeit das ONEM. Dies entlastet den Arbeitgeber zwar finanziell, aber die Arbeitskraft steht dann etliche Tage nicht zur Verfügung.

Hierzu lauten meine Fragen an Sie:

- *Wie viele der positiv getesteten Schüler und Personalmitglieder waren auch tatsächlich krank?*
- *Können Sie Aussagen zur schwere der eventuellen Erkrankungen machen?*
- *Wie viele Eltern haben die "Attestation de fermeture" von der Grundschule des KA Sankt Viths ausfüllen lassen?*